

Text der Jubiläumsschrift zum 50-jährigen Bestehen der IGG
Ablage: Internetseite
Montag, 21. Juli 2008

HISTORIE DER INDUSTRIEGEMEINSCHAFT GERETSRIED

Vor fünfzig Jahren wurde die Industriegemeinschaft Geretsried als Notgemeinschaft gegründet.

1948 fehlten nach einem verlorenen Krieg in Geretsried alle wesentlichen materiellen Voraussetzungen für den Aufbau von Industriebetrieben. Neben dem notwendigen Startkapital mangelte es an Werkzeugen und Produktionseinrichtungen. Ehemalige Bunker der Rüstungswerke wurden notdürftig als Fertigungswerkstätten hergerichtet.

Aus dieser fast aussichtslosen Ausgangssituation entwickelte sich über fünf Jahrzehnte ein Industriestandort mit einer leistungsfähigen und in vielen Branchen erfolgreichen mittelständischen Industrie. Technisch hochwertige Produkte aus Geretsried mit hohem Qualitätsanspruch sind heute nicht nur im Inland, sondern auch im Weltmarkt gefragt.

Dem Willen zum Überleben, der Fähigkeit, aus dem Nichts heraus eine neue Existenz zu schaffen, Eigenschaften, welche die Gründungsunternehmer und ihre Mitarbeiter auszeichneten, verdanken wir das Wirtschaftswunder Geretsried – heute einer der bedeutendsten Industriestandorte im Süden Münchens. Die Leistung der Gründerväter der Geretsrieder Industrie- und Gewerbebetriebe soll im Rahmen unserer Jubiläumsfeier besonders gewürdigt werden. Neben der Anerkennung der Pionierarbeit der Vergangenheit soll jedoch auch der Ansporn stehen für verstärkte Anstrengungen zur Sicherung von Existenz- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe, die in der Industriegemeinschaft zusammengeschlossen sind. Trotz des zunehmenden Konkurrenzdrucks und den starken Belastungen unserer Betriebe durch Steuern und Abgaben aller Art sowie nicht zuletzt der Sorge um die Arbeitsplätze, gibt es solide Chancen für das Überleben und die Weiterentwicklung unserer Unternehmen. Kreativität bei der Entwicklung neuer, konkurrenzfähiger Produkte und Dienstleistungen zeichnet die vielseitigen mittelständischen Betriebe in Geretsried in besonderem Maße aus.

In diesem Sinn wollen die Mitgliedsfirmen der Industriegemeinschaft Geretsried e.V. als zuverlässige Partner für Leistung und Fortschritt die Herausforderungen der Zukunft annehmen und ihren Beitrag für die weitere Entwicklung des Industrie- und Gewerbebestandes Geretsried leisten.

Zuflucht ohne Arbeit

Geretsried mit seinem Umland, vor dem Krieg überwiegend landwirtschaftlich geprägt, stand 1945 vor einem gravierenden Umbruch: Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Region neue Heimat für tausende Vertriebene. Diese Menschen hatten alles verloren, Haus und Hof, ihre Existenz und ihre Arbeit. Die meisten Flüchtlinge waren in ihrer Heimat in der Industrie, in Handwerksbetrieben oder im Handel beschäftigt. Die Voraussetzungen für solche Erwerbsformen fehlten in Geretsried völlig. Anfang April 1946 trafen die ersten 554 Vertriebenen aus Graslitz (Böhmen) ein. Was sie in Geretsried vorfanden, waren die Überbleibsel einer gigantischen Rüstungswerkstatt: ein Straßennetz von 80 Kilometer Länge und ein ausgedehntes System aus Kabel- und Rohrleitungen, eine Werksbahn mit Anschlussgleisen, 550 ober- und unterirdische Gebäude, meist Bunker, 24 Arbeiter-Betreuungshäuser, Kraftwerke, Kesselhäuser, Trafostationen, Heiz- und Pumpwerke. Die Anlagen der „Deutschen Sprengchemie“ (DSC) und der „Dynamit AG“ (DAG), die in Geretsried von 1939 bis 1945 hauptsächlich Sprengstoffe produzierten, waren nach Kriegsende von US-Truppen gesprengt oder demontiert worden.

In diesen verwahrlosten Baracken und Betongebäuden fanden die Flüchtlinge Unterschlupf - Menschen aus den Ostgebieten, den baltischen Staaten, aus West- und Ostpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Ungarn, Rumänien und Polen. Sie hatten in Geretsried Zuflucht gefunden, aber keine Arbeit. Der Aufbau einer

leistungsfähigen Wirtschaft, die Gründung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im gewerblichen Bereich hatten deshalb Priorität.

Die Gründung der Industriegemeinschaft

1948 gründeten die Männer der ersten Stunde die „Industriegemeinschaft Voralpenwerke“, welche den Charakter einer Notgemeinschaft hatte und 1967 in „Industriegemeinschaft Geretsried e.V.“ umbenannt wurde. Wie aus dem am 19. Januar 1948 unterzeichneten Gründungsvertrag her vorgeht, war es Zweck des Vereins, „die behördlicherseits eingeleitete Ansiedlung industrieller Unternehmungen in dem Gelände der Voralpenwerke zu fördern und zum Erfolg zu bringen“. Damit verbunden war das Ziel, „dass die Unternehmungen den in der engeren Umgebung angesiedelten und noch anzusiedelnden Flüchtlingen wirtschaftlich gesicherte Arbeitsstätten und damit ausreichende Erwerbsmöglichkeiten bieten können und so ihre neue Heimat sichern helfen“.

Zum ersten Vorstand der Industriegemeinschaft wurde Dipl.- Ing. Erich Golde gewählt – ein Mann, der mit seiner überzeugenden Rhetorik begeisterte. An der Gründung waren folgende Firmen beteiligt: Franz Berner, Brüschwein & Schneider GmbH, Elektro-Kaiser, Filier & Fiebig GmbH, Hans Gloning, Erich Golde & Co., Holz & Metall, Ludwig Mayer, Löwe GmbH, Ernst Pelz, Rudolf & Co. GmbH, Sachers & Krämmel, Slansky & Wagner KG, Stockhausen, Vereinigte Holz & Metall GmbH, Arthur Zimmermann & Co. GmbH, I. Frankenberger, Heinrich Koschorek, Richard Kretschmer GmbH so- wie Nordchemie.

An die ersten Treffen, die in der Gaststätte Korb stattfanden, kann sich Franz Füger, einer der Teilnehmer, noch heute gut erinnern: „Ich sehe die Männer der ersten Stunde vor mir, denen es zu verdanken ist, dass sich unsere Gemeinde später mit Fug und Recht Industriegemeinde nennen konnte. Industrie, Handel und Gewerbe sollten bald durch Fleiß und Können die Grundlagen für ein blühendes Gemeinwesen schaffen.“

Einige der Vertriebenen hatten besonders früh Mut und Risikobereitschaft bewiesen. Die erste Lizenz zur Gründung eines Betriebs er teilte die Lan-desplanungsbehörde bereits ein Jahr nach Kriegs- ende, am 8. Mai 1946, der Chemiefirma Rudolf & Co. Zuvor hatte die amerikanische Besatzungsmacht sich bereit erklär t, das Gebiet des heutigen Geretsried für die Ansiedlung von Betrieben und Unterbringung der sudetendeutschen Flücht-linge freizugeben. Eine entsprechende Zusage gab der Control Officer der IG Farben, Major Cottingham, gegenüber dem Leiter des Wolfratshauer Wirtschaftsamtes, Kassian, ab. In einem Aktenvermerk Kassians heißt es: „Das dafür in Frage kommende Teilgelände mit den entsprechenden Ge-bäuden wurde bei der Besichtigung durch Major Cottingham am 10. 3. 46 festgelegt. Major Cottingham ist damit einverstanden und wünscht, dass der zur Abgrenzung dieses Teilgeländes erforderliche Zaun so schnell als möglich errichtet wird. Major Cottingham sieht von einer schriftlichen Ausfertigung dieser Ermächtigung für Kassian ab und erklär t, dass diese von ihm mündlich erteilte Ermächtigung in jeder Weise verbindlich sei.“ Zwar erfolgten ab 1946 zahl- reiche Firmengründungen, die Produktion aber kam nur schwer in Gang: Es fehlten Kapital und Fertigungseinrichtungen, die Produktpalette musste den Bedürfnissen der Zeit angepasst werden. Ein Betrieb, der etwa auf Werkzeugbau spezialisier t war, wechselte nach der Neugründung in Geretsried zur Kunststoffverarbeitung. Gefertigt wurden bunte Knöpfe -damals gefragte Artikel – und Verschlusskappen für Flaschen, die auf Patenten des Firmeninhabers beruhten.

Wie die Unternehmer sich um qualifiziertes Personal bemühten, dokumentiert das Beispiel von Heinz H. Lorenz und Franz Fleißner. Ende 1945 hatten die beiden Ingenieure aus dem Sudetenland den Entschluss gefasst, die Jahr-zehnte alte Tradition der Dachauer Holzwarenindustrie fortzusetzen. Zunächst schien der Plan aussichtslos, weil es in den zerbombten deutschen Städten weder Gewerbeobjekte noch Spezialmaschinen gab. Anfang 1946 gelang es Lorenz und Fleißner, einen Transport mit etwa 400 Menschen aus Dachau in den Landkreis Wolfratshausen zu lenken. Unter den Flüchtlingen waren gut ausgebildete Fachleute der Tachauer Holzindustrie, die mit ihrem Fachwissen und mit ihren handwerklichen Fähigkeiten halfen, die Firma Lorenz aufzubauen.

Trotz erster Existenzgründungen konnte sich das gewerbliche Leben in Geretsried nur langsam entwickeln,

sieht man von einigen Lebensmittelgeschäften und Handwerksbetrieben ab. Trotz des täglichen Überlebenskampfes, der alle Kräfte forderte, gab es aber genug Zukunftsglauben und Pioniergeist bei den Neubürgern von Geretsried. Man hatte den Vertriebenen ihre Heimat genommen, die Häuser und die Ersparnisse, jedoch nicht ihre Tatkraft, ihr Selbstvertrauen, ihren Fleiß und ihre Ausdauer.

Die Notlage der Unternehmer zwang zu enger Zusammenarbeit. Dies führte zur Gründung der Industriegemeinschaft. Der einzelne konnte ohne die Unterstützung der anderen, die sich in einer ähnlichen Situation befanden und als Gegenleistung ebenfalls auf Hilfe hofften, nicht überleben. Gerade im Geschäftsleben Geretsrieds waren es nach dem Krieg Werte wie Vertrauen und Zuverlässigkeit, auf die sich die Gründungsunternehmer verlassen mussten und verlassen konnten. Denn wirkliche Sicherheiten konnte in einer Zeit, in der es kaum Dinge von materiellem Wert gab, ohnehin niemand garantieren. Umso wichtiger waren deshalb der Zusammenhalt und die gemeinsamen Bemühungen beim Existenzaufbau. Neben der starken Gemeinschaft sahen die Mitglieder in der Industriegemeinschaft auch eine starke Lobby. Jedem war klar, dass ein einzelnes Unternehmen, das noch dazu auf einem wackligen wirtschaftlichen Fundament stand, bei Verhandlungen mit dem Behördenapparat keine Chance hatte.

Trotz aller Bindungen: Die Industriegemeinschaft war sehr darauf bedacht, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich frei zu sein. Bei der Gründung wurde dem Umstand Rechnung getragen, „dass allgemein nach der Militärzeit und dem Dritten Reich Widerwille gegen Zwang jeder Art besteht“, wie es in einem Protokoll der Gemeinschaft heißt.

Die Ziele der Industriegemeinschaft wurden auch von der Politik unterstützt - in Landrat Willy Thieme fanden die Vertriebenen einen engagierten Fürsprecher. Thieme erkannte in den Flüchtlingen „Unternehmer und Facharbeiter verschiedenster hochwertiger Schlüsselindustrien, die in ihrer Gesamtheit ein hohes Fertigungspotential und eine ansehnliche Exportkraft verkörpern“. Was seit 1946 im „Wolfratshäuser Forst“ wuchs, war für Thieme „eine Zelle des bayerischen Wirtschaftskörpers, die mit zum Quell künftiger Gesundheit für Kreis und Stadt zu werden verspricht“.

Aufbau der Wirtschaftsstrukturen

Die beiden größten Probleme der Wirtschaft waren Kapitalmangel und fehlender Grundbesitz. Die Reprivatisierung der Flächen, die zunächst an die Betriebe nur vermietet waren, verzögerte sich immer weiter. Der Schwebezustand verunsicherte Industrie, Handel und Handwerk. Es war abzusehen: Wenn nicht bald Grundstücke zu akzeptablen Bedingungen gekauft werden konnten, drohten der Aufbau der Wirtschaft und damit der Aufbau Geretsrieds zu scheitern. Eigentum an Grund und Boden waren die wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Start von Firmen – ohne Grundstücke gab es keine Kredite, keine Investitionen, keine Zukunft. 1951 – ein Jahr nach der Gründung der Gemeinde Geretsried – wurde ein Plan der amerikanischen Militärregierung bekannt, der die Beschlagnahme des Industriegeländes und den erneuten Aufbau einer Munitionsfabrik vorsah. Diese Nachricht schlug ein wie eine Bombe. Viele hatten Angst, erneut ihre Heimat zu verlieren – die Unsicherheit hemmte Investitionen. Fritz Kraatz, der 1950 zum neuen Vorsitzenden der Industriegemeinschaft gewählt worden war, intervenierte unverzüglich. In einem Gespräch mit dem Stellvertreter des Landeskommissars für Bayern konnten Kraatz und seine Vorstandskollegen Dr. Böhme, Schröter und Zuber die Umsetzung des Plans verhindern. Die hohe Behörde realisierte, dass eine Beschlagnahme des Areals für die angesiedelten Flüchtlinge und die im Aufbau befindliche Industrie fatale Folgen haben würde.

Erfolgreich setzte sich die Industriegemeinschaft 1952 auch für die Einrichtung einer Bankfiliale in Geretsried ein. Geldgeschäfte der Betriebe waren bislang mit Banken in Wolfratshausen abgewickelt worden. Die wachsende Zahl von Firmen und die Expansion von Geretsried machten jedoch eine eigene Zweigstelle erforderlich. Die Industriegemeinschaft wandte sich an das Münchner Finanzministerium und erreichte, dass die Kreissparkasse in der Gemeinde eine Filiale eröffnete. Zu dieser Zeit lebten in Geretsried knapp 3200 Menschen - fast 50 Prozent mehr als zwei Jahre zuvor. Das Rathaus registrierte 1200 Arbeiter, 200 Angestellte und 120 Unternehmer. Die Verkehrsverbindung nach Wolfratshausen wollte die Industriegemeinschaft mit

einer Wiederinbetriebnahme der Werksbahn verbessern. Doch der Plan scheiterte am Veto der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG). Das Godesberger Unternehmen vertrat den Bund bei Erwerb, Verwaltung und Verwertung von industriellen Beteiligungen. Die IVG war auch für den Personen- und Gütertransport mit der Werksbahn zuständig. Eine erneute Inbetriebnahme der Linie lehnte die Gesellschaft strikt ab, weil die Zahl der Fahrgäste als zu gering erachtet wurde. An der Absage änderten auch zahlreiche harsche Briefe der Industriegemeinschaft nichts. Als Ersatz fand sich der Busunternehmer Helmrich, dessen Pendelverkehr jedoch zuweilen Anlass zu Klagen gab. „Es laufen wiederholt Beschwerden darüber ein, dass der Unternehmer Helmrich entweder sehr unpünktlich oder gar nicht die im Fahrplan vorgesehenen Zeiten einhält“, heißt es in einer Aktennotiz vom 15. September 1952. „Helmrich führt als Begründung für diese unliebsamen Vorkommnisse an, dass ihm Benzin gestohlen wurde.“ Für den Gütertransport konnte die Industriegemeinschaft die Bundesbahn gewinnen - zu einem akzeptablen Preis: Zehn Mark wurden pro Waggon in Rechnung gestellt. Die IVG wollte zusätzlich fünf Mark pro Waggon als „Gleiserhaltungsbeitrag“ kassieren, in Verhandlungen verständigte man sich schließlich auf vier Mark. Die IVG bestand zunächst auf einer Vertragsklausel, die sie von der Verpflichtung enthob, den Frachtverkehr auf der Werksbahn wieder aufzunehmen, sollte die Bundesbahn nach einem halben „Probejahr“ den Betrieb einstellen. In zähen Diskussionen setzte sich die Industriegemeinschaft durch - die IVG verzichtete auf den umstrittenen Passus.

Etwas zur gleichen Zeit planten die Isarwerke - sie hatten im Februar 1952 das gesamte Stromnetz in Geretsried gepachtet - eine deutliche Erhöhung der Preise. Die allgemeine Entrüstung und immer wieder auftretende Störfälle veranlassten die Industriegemeinschaft laut Aktennotiz vom 31. März 1952 „zu einer energischen Reklamation“. Die Isarwerke ließen sich zwar nicht zu einer Rücknahme der Preissteigerungen bewegen, zeigten sich aber dennoch etwas kulant: Die Flüchtlingssiedlung erhielt als Aufbauhilfe eine Spende von 2000 Mark. Der Vorstand der Industriegemeinschaft beharrte weiter auf einer Herabsetzung der Tarife und setzte schließlich durch, dass die Kosten für Industriestrom nahezu halbiert wurden.

Sei es die Beschaffung von „fünf Schaufeln und vier Pickeln“, sei es die Wohnungssuche für einen „tüchtigen Sportlehrer“ oder die Eröffnung eines neuen Postamtes in Geretsried - etliche Schriftstücke dokumentieren den unermüdlichen Einsatz der Industriegemeinschaft auf vielen Gebieten. Das Engagement des Vereins fiel auch Vertretern der Weltbank auf, die am 8. April 1953 die Gemeinde Geretsried besuchten. Die Reise durch West-deutschland sollte den Experten einen Eindruck über die Kreditwürdigkeit des Landes vermitteln. In Geretsried besichtigten die Repräsentanten der Weltbank die Firmen Rohi, Böhm & Meinel sowie Lorenz. „Die Gäste waren von dem Gebotenen, bzw. von den Leistungen unserer Industrie stark beeindruckt“, heißt es in einer Aktennotiz.

Kurze Zeit später, am 2. Oktober 1953, besuchten der Präsident und der Vizepräsident des Bundesausgleichsamtes sowie der Leiter der Landesausgleichsamter die Kommune. Die Gäste waren beeindruckt, dass das ehemals armselige Flüchtlingslager innerhalb von nur 5 Jahren zum zweit-größten Steuerzahler im Kreis Wolfratshausen aufgerückt war. In einer Aktennotiz ist zu lesen: „Herr Ing. Lorenz und Herr Fleißner verstanden es in ausgezeichneter Weise, den Gästen das in so kurzer Zeit geschaffene imposante Werk zu zeigen. Es gab ein ehrliches Staunen bei allen Teilnehmern der Exkursion. Der Präsident sparte nicht mit Worten der allergrößten Anerkennung.“ Auch bei der Besichtigung der Firma Böhm & Meinel „zollte der Leiter der Exkursion den Unternehmern größte Anerkennung und Lob für ihre Leistungen“. Anschließend besichtigte die Delegation das Kino, das aus einem Lagerbau mit Verladerampe entstanden war. „Besonders gefiel die schöne architektonische Lösung“, notierte der Chronist. Dann ging es weiter zur Schokoladenfabrik Kneisl. Der Besuch, so fasst es die Aktennotiz zusammen, sah „wiederum den Erfolg zäher und kluger Aufbauarbeit. Man staunte über die Dimensionen der arbeitenden Maschinen und über die saubere und rationelle Arbeitsweise. Als letzten Betrieb besuchte man die Maschinenfabrik Plauert. Ein allgemeines „Ah“ war zu vernehmen, als die Gäste die große Maschinenhalle, in welcher 100 Arbeiter beschäftigt sind, betraten. Die nach Schluss der Besichtigung zum Ausdruck gebrachte Bewunderung des Geschaffenen war ehrlich gemeint. Es bestand kein Zweifel, dass die Teilnehmer dieser Exkursion der Meinung sind, dass Geretsried, sein Bürgermeister und der Landrat des Kreises stolz auf diese Entwicklung sein können.“

Gründer ohne Grund

Die Industriegemeinschaft hatte sich etabliert, ihre Bemühungen wurden honoriert, viele kleine Probleme waren bereits gelöst - nicht aber die entscheidende Frage: Wann und wie, zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Konditionen, können die Unternehmer Grund und Boden erwerben? Eine zügige Reprivatisierung wurde für Geretsried immer dringender. Viele Firmen benötigten Kredite; weil auf angemietetem Grund produziert wurde, fehlten die geforderten Sicherheiten.

1950 war die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) gegründet worden. Nach den Vorstellungen der Staatsregierung sollte sie den Vertriebenen durch finanzielle Hilfen und die Überlassung von Grund und Boden den Aufbau einer neuen Existenz ermöglichen oder zumindest erleichtern. Die amerikanische Militärregierung hatte der Bundesrepublik das Eigentum am Geretsrieder Gelände zurückgegeben, der Bund wiederum übertrug die Verantwortung auf die Industrieverwaltungsgesellschaft. Die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung wollte der IVG das Gelände abkaufen und es an die Gemeinde Geretsried zu günstigen Preisen veräußern. Da spielte die IVG nicht mit.

Als Vorbild für die Reprivatisierung und die damit verbundenen Verhandlungen mit der LfA galt Waldkraiburg. Die Gemeinde wies zahlreiche Parallelen zu Geretsried auf, auch die Ausgangssituation war ähnlich. Waldkraiburg allerdings zögerte nicht und kaufte 1952 kurzerhand das gesamte Ortsgebiet für acht Millionen Mark.

Die Industriegemeinschaft versuchte den Verkauf voranzutreiben, verhandelte mit zahlreichen Persönlichkeiten und Behörden. Gespräche wurden insbesondere geführt mit dem Bürgermeister von Waldkraiburg, Staatssekretär Dr. Ringelmann und Ministerialdirigent Dr. Barbarino vom Bayerischen Finanzministerium und Direktor Kiesewetter von der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung. Vor allem Staatssekretär Guthsmuts wurde zum Fürsprecher für das junge Geretsried, der Landtagsabgeordnete Dr. Paul Wüllner vertrat die Geretsrieder Anliegen auf politischer Ebene. Auch der Bundestagsabgeordnete Dr. Gleißner setzte sich für eine Annäherung bei den schwierigen Verhandlungen ein.

„Die Regierung von Oberbayern war bald überzeugt, dass es richtiger sei, die Vertriebenenfirmen zu fördern und ihren Selbsterhaltungswillen zu stärken, als ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu verweigern und ihre Mitarbeiter in die Fürsorge des Staates zu treiben“, erinnert sich Franz Füger. Der Bezirk habe erkannt, „dass die Grundstücksabgabe zu günstigen Preisen und niedrigen Zinsen bei langen Kreditlaufzeiten der vernünftigste Weg sein würde“.

Die Industrieverwaltungsgesellschaft und die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung aber konnten sich zunächst nicht auf den Verkaufspreis für das Geretsrieder Gelände einigen. Die Ungeduld der Unternehmer wuchs. Sie wurden von der IVG mit immer neuen Angeboten zu einem Kauf gelockt - die Münchner LfA wollten die Herren aus Bad Godesberg dabei umgehen. Solche Geschäfte wären zwar zu wesentlich schlechteren Bedingungen als ein später möglicher Kauf von der LfA erfolgt, aber die Angebote reizten zumindest durch die Möglichkeit einer sofortigen Abwicklung. Doch die Unternehmer führten keine Einzelverhandlungen mit der Industrieverwaltungsgesellschaft - nicht zuletzt aus Solidarität zu den Kollegen. Als größtes Problem bei den Verhandlungen erwies sich die Festlegung eines realistischen Preises, den die LfA an die Industrieverwaltungsgesellschaft für das Geretsrieder Gelände zahlen sollte. Um den Wert der Gebäude berechnen zu können, erfasste die Industriegemeinschaft 1954 in einer Umfrage die Jahresmieten der bislang von den Unternehmen nur gemieteten Gebäude und Flächen. Es ergab sich ein Wert von insgesamt 126 149 Mark, dazu die Mieten von etwa 30 kleineren Unternehmen mit einem Wert von rund 15 000 Mark. Somit entfielen jährlich etwa 140.000 Mark Miete auf die Industrie. Multiplizierte man diese Summe mit dem Kapitalisierungsfaktor 15, ergab sich der Wert der Industrie-Immobilien – also rund zwei Millionen Mark. Wenn etwa der gleiche Wert für von privater Seite gemietete Gebäude angenommen wurde, ergab sich für die Gebäude in Geretsried ein Gesamtwert von vier Millionen Mark. Die Industrieverwaltungsgesellschaft jedoch setzte noch 1955 eine Summe von 19 Millionen Mark an. Dieser Wert stellte zudem nur einen Teil der Gesamtsumme dar, welche die LfA für das gesamte Gelände an die IVG zahlen sollte. In Anlehnung an die Eröffnungsbilanz Geretsried-Gartenberg, die eine Summe von 12,4 Millionen Mark auswies, bot die LfA der

Industrieverwaltungsgesellschaft einen Gesamtpreis von 13 Millionen Mark an. Die Gesellschaft jedoch erhöhte ihre Forderung, verlangte 1954 für das Gelände 36 Millionen Mark. Die IVG - sie hatte das Gebiet zuvor durch Kosten für Kabelausgrabungen, Demontagen und enorme Abholzungen um weit über zwei Millionen Mark abgewertet - blieb eine stichhaltige Begründung für den überhöhten Verkaufspreis schuldig. Dass die Preise nicht zu realisieren sein würden, sah die IVG bald selbst ein und war zu Zugeständnissen bereit. Dennoch konnte man an einigen Einzelverkäufen die drastischen Preissteigerungen ablesen. So kostete 1954 ein Quadratmeter Baugrund 1,25 Mark - ein Jahr später wurden bereits 3,24 Mark verlangt. Für eine Firmenhalle wurden von der Industrieverwaltungsgesellschaft 1956 rund 32.000 Mark gefordert, eine vergleichbare Halle war sechs Jahre zuvor noch für 25.000 Mark verkauft worden.

Den Unternehmern, die das Eigentum an ihrem Grund immer dringender zur Absicherung für Investitionskredite benötigten, lief die Zeit davon. Trotz gegensätzlicher Meinungen und Auseinandersetzungen, wie die Industrie-gemeinschaft am wirkungsvollsten die Existenz bedrohende Grundstücks- frage angehen sollte, setzte sich schließlich das Handlungsprinzip „Einigkeit macht stark“ durch.

Die damaligen Vorstandsmitglieder reisten mit gestärktem Rücken nach Bad Godesberg und Bonn, um die Schlussverhandlungen voranzutreiben, an denen sie allerdings nicht teilnehmen durften. In Gesprächen mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Gleißner und Vertretern des Bundesfinanzministeriums konnten die Vertreter der Geretsrieder Industrie begründen, dass sie nur an einem Globalkauf der Liegenschaften in Geretsried durch die LfA interessiert waren. Bei einem Großteil der Unternehmen, so die Argumentation, handle es sich um Gründungen durch Heimatvertriebene, die noch keine allzu große finanzielle Stabilität aufwiesen und für die deshalb lediglich eine langfristige Finanzierung der LfA in Frage käme. Zur Diskussion stand eine Anzahlung in Höhe von 20 Prozent und die Zahlung des Restes in 20 Jahresraten bei drei Prozent Tilgung und sechs Prozent Zinsen. Die Konditionen der Industrieverwaltungsgesellschaft waren weitaus ungünstiger: 25 Prozent Anzahlung, Abzahlung der Restsumme in fünf Jahren, nur in Ausnahmefällen zehn Jahre Laufzeit. Damit wäre ein Kauf nur für einige zahlungsfähige Unternehmer, keinesfalls aber für das Gros der Industrie möglich gewesen. Bei den Gesprächen in Bonn und Bad Godesberg verwiesen die Geretsrieder Verhandlungsführer außerdem auf das Beispiel Waldkraiburg. Daran sei zu erkennen, hieß es, dass die Abwicklung über die LfA wenig problematisch und für die Industrie durchaus förderlich sei. In Geretsried dagegen hemme der offensichtlich nur auf Ausnutzung der Ansiedler bedachte Verwaltungsapparat der Industrieverwaltungsgesellschaft die weitere Entwicklung, merkten die Repräsentanten der Industriegemeinschaft an.

Diese Argumente überzeugten trotz erneuter Querschüsse der Industrieverwaltungsgesellschaft. Sie holte zum nächsten Schlag aus und erhöhte 1955 die Mietpreise für die Betriebe in Geretsried drastisch. Bei der Industriegemeinschaft löste die Preissteigerung massive Proteste aus, die schließlich unter Einschaltung des Bundesfinanzministeriums zum Erfolg führten.

Am 15. April 1955 legte Bürgermeister Karl Lederer sein Amt nieder – allerdings nur für kurze Zeit. Franz Füger erinnert sich: „Damit wollte er seinerseits und leider sehr spät Druck auf die bayerische Regierung und die Industrieverwaltungsgesellschaft machen und sie zur Erfüllung der Geretsrieder Forderungen zwingen.“ Füger nennt den Rücktritt Lederers ein „kalkuliertes Opfer“. Der Rathauschef habe gehofft, „die immer lauter werdenden Vorwürfe, der Industrie bei ihrer riskanten Aufbauarbeit nicht genug Unterstützung zu geben, vor aller Augen entkräften zu können“. Obwohl die Verhandlungen zwischen LfA und IVG nur ausgesprochen zäh und in kleinen Schritten vorangingen, kam es letztendlich doch zum Globalkauf von Geretsried-Gartenberg. Das Areal, einschließlich der Eisenbahnanlage, ging zum Preis von 15,76 Millionen Mark in das Eigentum der LfA und damit in die Verantwortung des Freistaates Bayern über. Mit dem Kaufvertrag besaß die LfA rund 715 Hektar Grund mit 475 Gebäuden, in der Hauptsache mehr oder weniger zerstörte Bunker. Die Nachricht vom Kauf erreichte die Geretsrieder am 9. Mai 1956 und heute wird darüber gesagt, dass Geretsried, das am 1. April 1949 gegründet worden war, erst an diesem Tag anfang, wirklich zu leben. Ein an die Industriegemeinschaft gerichtetes Schreiben des Präsidenten der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, Dr. Endres, dokumentiert die hohe Wertschätzung, die man dem Verein entgegenbrachte. In dem vom 28. Juni 1956 datierten Brief will Verhandlungspartner Endres „den Wunsch zum Ausdruck bringen, gemeinsam auch den letzten Teil des Weges noch zu gehen, insbesondere eine reibungslose

Überleitung der bestehenden Verträge und den Neuabschluss von Kauf- und anderen Verträgen gewährleistet wissen“.

Das wichtigste Ziel war erreicht, aber es warteten noch viele Aufgaben, die gemeinsam besser gelöst werden konnten. Fritz Kraatz, als „redlicher Makler“ bekannt, sollte sich nach den Wünschen der LfA erneut als Vorstand der Industriegemeinschaft zur Verfügung stellen. Doch Kraatz kandidierte nicht mehr. Als Nachfolger wurde Ernst Schumann an die Spitze der Industriegemeinschaft gewählt. Franz Füger: „Vom aktiven Kern der Gründungsmitglieder engagierten sich einige im Gemeinderat und anderen Organisationen, um wie bisher Einfluss auf die Gemeindeentwicklung zu nehmen und vor allem die Anliegen der Betriebe zu vertreten.“ Auch in der Folgezeit setzte sich die Industriegemeinschaft für die Belange der Unternehmen beim Kauf der Grundstücke von der LfA ein. Für die so genannten „Pionierfirmen“ konnte ein Grundstückspreis von 1,40 Mark pro Quadratmeter Industriegelände und 1,80 Mark bei Reservegrundstücken mit Ungewissem Verwendungszweck ausgehandelt werden. Eine Herabsetzung der Tilgungszeit durch die LfA im Jahre 1957 konnte ebenfalls verhindert werden. Auch bei Verzögerungen bei den Verkäufen und in der Folgezeit bei Preissteigerungen schritt die Industriegemeinschaft erfolgreich ein. Der Verein erwies sich für die Mitgliedsfirmen als engagierter Fürsprecher gegenüber der LfA.

Getrennte Wege

1957 löste sich eine Gruppe aus der Industriegemeinschaft. Die Handels- und Gewerbetreibenden, die einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung einer reibungslosen Versorgung in Geretsried geleistet hatten, spalteten sich ab. Es hatte sich herauskristallisiert, dass sie teilweise andere Interessen verfolgten als die Industrie, die mit Exportproblemen und dem Aufbau von Vertriebsstrukturen zu kämpfen hatte. Handel, Handwerk und Gewerbe dagegen sahen Schwierigkeiten in der örtlichen Struktur, in der Aufsplitterung und Dezentralisierung des Gebietes. Um diese Probleme effizienter lösen zu können, entschlossen sich die Handels- und Gewerbe-treibenden zur Gründung einer eigenen Organisation. Auszug aus einer Aktennotiz über eine Vorstandssitzung der Industriegemeinschaft vom 29. März 1957: „Der Vorsitzende (Dr. Theodor Böhme) unterrichtete die Anwesenden kurz über die vor wenigen Tagen stattgefundene Versammlung der Handels- und Gewerbetreibenden von Geretsried-Gartenberg, die unter Vorsitz des Herrn Michael Gänßbauer stattfand, und in der die Gründung eines eigenen Gewerbevereins beschlossen wurde. Angeblich hatten sich zu dieser Versammlung aus den Kreisen des Handels, Handwerks und Gewerbes 67 Personen eingefunden, von denen sich 47 für die Gründung des Gewerbevereins aussprachen. Nur zwei Versammlungsteilnehmer waren dagegen und empfahlen die Schaffung einer eigenen Handels- und Gewerbeabteilung innerhalb der bestehenden Industriegemeinschaft. Nach diesem Entschluss erscheint nunmehr die Trennung der Handels- und Gewerbetreibenden von der Industriegemeinschaft vollzogen und es ist in Kürze mit dem Austritt derjenigen Mitglieder der Industriegemeinschaft zu rechnen, die den Kreisen des Handels und Gewerbes angehören.“ Aus der Industriegemeinschaft war somit der Gewerbeverein her vorgegangen, mit dem man in den folgenden Jahren noch oft zusammenarbeiten würde.

Um der Industriegemeinschaft bei der Auseinandersetzung mit Behörden mehr Gewicht verleihen zu können, wurde im Juni 1961 der Landtagsabgeordnete Dr. Paul Wüllner zum Geschäftsführer ernannt. Er war schon zuvor als tatkräftiger Fürsprecher für die Belange Geretsrieds aufgetreten. Auf Wüllner wartete eine schwierige Aufgabe: der Kampf um den Bau der Tattenkofener Brücke und den Ausbau der Bundesstraße 11 zwischen Geretsried und Wolfratshausen.

In Gesprächen mit der Obersten Baubehörde in München konnten hervorragende Ergebnisse erzielt werden. Nicht zuletzt wegen des hartnäckigen Einsatzes der Industriegemeinschaft wurden die Arbeiten bis zum Ortseingang Gartenberg vorgezogen und 1962 begonnen. Neben der neuen Teerdecke für die Straße wurde die Kanalbrücke, die bislang vor allem während der Zeit der Frostaufbrüche als Hindernis galt, auf Drängen der Industriegemeinschaft bereits im Sommer 1962 ausgebaut und von bisher zwölf Tonnen Tragfähigkeit auf 60 Tonnen verstärkt. Auch einen Radweg, parallel zur B11, berücksichtigten die Planer auf Wunsch des Vorstandes. Der Bau der im Krieg gesprengten Tattenkofener Brücke, durch den man sich neue Arbeitskräfte aus der Gegend rechts der Isar für Geretsried erhoffte, wurde ebenfalls von der Industriegemeinschaft forciert.

Im Rundschreiben Nr. 6/62 vom 6. Juni 1962 ist zu lesen: „Besondere Beachtung verdient die Zusage, die hinsichtlich der Tattenkofener Brücke erwirkt wurde. Da entgegen der ursprünglichen Absicht und entgegen den Wünschen des Landkreises die kreiseigene Straße WOR 8, in deren Bereich die Tattenkofener Brücke fällt, erst zum 1.1.1963 statt zum 1.1.1962 abgestuft und vom Land Bayern übernommen wird, hätte normalerweise die Planung, die Bauausschreibung und erst recht der Neubau der Tattenkofener Brücke erst nach dem 1.1.1963 begonnen werden können. Eine entsprechende Mitteilung war auch dem Landkreis noch vor kurzem mündlich gemacht worden. Eine solche Verzögerung hätte, bei der gegenwärtigen Lage auf dem Baumarkt, unter Umständen zur Folge haben können, dass der Neubau unter den Baustop fiele und womöglich erheblich hinausgezögert würde. Deshalb verdient die entgegenkommende Haltung der Obersten Baubehörde doppelte Anerkennung, die sich auf Drängen Dr. Wüllners bereit erklärt hat, den Baubeginn im Einvernehmen mit dem Landkreis Wolfratshausen schon vor dem Übernahmezeitpunkt zu ermöglichen. Praktisch wird, sobald die entsprechende Vereinbarung zwischen Oberster Baubehörde und Landkreis getroffen ist, mit den vom Landkreis Wolfratshausen für 1962 bewilligten Mitteln von 300 000 Mark der Bau beginnen können. Die Tattenkofener Brücke soll sechs Meter breit werden und aus Beton hergestellt sein, Länge 136 Meter, Kosten 1,5 Millionen, dazu das Straßenanschlusstück für 800.000 bis 900.000 Mark, Tragkraft 45 Tonnen.“

Durch diesen Brückenbau wurde der Transport der in Geretsried produzierten und benötigten Güter wesentlich erleichtert. Wegen fehlender Be- und Entladevorrichtungen an den Industriegleisen musste der Warenverkehr notgedrungen auf der B11 erfolgen. Der Ausbau kam den Industriebetrieben von Geretsried, das schon 1961 zur wirtschaftlich stärksten Gemeinde des Landkreises wurde und über 8.000 Einwohner zählte, sehr zugute. Einen weiteren Erfolg erzielte die Industriegemeinschaft 1964 beim Ausbau der B 11 zwischen Geretsried-Stein und Königsdorf. „Der Ausbau sollte erst im nächsten Jahre erfolgen“, heißt es in einem Rundschreiben vom 13. Juli 1964. „Nach unserer Vorsprache bei Herrn Landtagspräsidenten Hanauer und einem Schreiben an die Oberste Baubehörde wurde uns von beiden Stellen mitgeteilt, dass es möglich geworden ist, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Es sei Auftrag erteilt worden, die Bauarbeiten anlaufen zu lassen. Der Ausbau der Teilstrecke zwischen Geretsried und Königsdorf werde noch vor Ablauf dieses Jahres fertig gestellt.“

Auch bei der Personalplanung unterstützte die Industriegemeinschaft ihre aufstrebenden Mitgliedsfirmen. Als der Mangel an Arbeitskräften zu Beginn der 60er Jahre nur noch durch Gastarbeiter auszugleichen war, organisierte sie die Unterbringung zahlreicher griechischer Arbeiterinnen durch Anmietung von Wohnblöcken des Durchgangslagers Stein. Die Industriegemeinschaft half nicht nur bei der Beschaffung von Wohnraum, sondern leistete auch einen maßgeblichen Beitrag zur Integration der griechischen Mitarbeiter. Auch in den folgenden Jahren kümmerte sich die Industriegemeinschaft intensiv um die griechischen Gastarbeiter.

Mit der IGG in die Zukunft

Im Januar 1967 wurde aus der „Industriegemeinschaft Voralpenwerke e.V. Geretsried“ die „Industriegemeinschaft Geretsried e.V.“ (IGG), wie sie heute noch existiert. Mit dem neuen Namen war auch eine neue Satzung verbunden. Formuliert wurden die Ziele wie folgt: „Der Verein bezweckt ausschließlich den freiwilligen Zusammenschluss der in der Gemeinde Geretsried ansässigen Industriebetriebe zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Belange und ideeller Interessen, insbesondere durch Betreuung und Beratung der Mitglieder und Vertretung derselben bei Ämtern, Behörden und ähnlichen Einrichtungen unter Berücksichtigung der besonderen Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse in Geretsried.“ Vergleicht man diese Satzung mit der Zielsetzung im Gründungsvertrag, zeigt sich deutlich die Abkehr von der Notgemeinschaft, die sich einst um den Aufbau grundlegender Strukturen zu bemühen hatte, zu einem Zusammenschluss autarker Unternehmen, die lediglich in bestimmten Bereichen Unterstützung benötigten. Doch mit den Traditionen der Industriegemeinschaft, mit Werten wie Solidarität, Fortschritt und Hilfe für die Mitgliedsfirmen wurde deshalb nicht gebrochen - im Gegenteil: Die IGG zeigte sich weiterhin vielseitig engagiert und ausgesprochen fortschrittlich orientiert.

1968 war nicht nur bundespolitisch ein Jahr des Umbruchs, auch in der Technik gab es entscheidende Weiterentwicklungen. „Die Rationalisierung mit Hilfe der Elektronischen Datenverarbeitung ist heute kein

Schlagwort mehr, sondern eine Notwendigkeit“, liest man in einem Rundschreiben vom 21. März 1968. „Eine einfache elektronische Anlage kostet jedoch ohne die erforderlichen Zusatzmaschinen, ohne Raum und ohne Personal für Bedienung und Programmierung etwa 6 .000 Mark im Monat Miete. Sie kommt deshalb für Mittelbetriebe nur selten in Frage. Die seit geraumer Zeit mit sehr gutem Erfolg praktizierte Lösung heißt: Gemeinschaftliche Datenverarbeitung.“ Die Industriegemeinschaft regte an, dem Modell der „Ersten Gemeinschaftsanlage für Elektronische Datenverarbeitung Münchner Unternehmer“ zu folgen und eine ähnliche Gemeinschaft auch in Geretsried zu gründen.

1968 wurde Heinz Schneider zum Bürgermeister von Geretsried gewählt. Er sicherte der Industriegemeinschaft von Anfang an seine Hilfe zu und arbeitete während seiner Amtszeit auf den unter schiedlichsten Gebieten mit ihr zusammen.

1970 wurde Geretsried zur Stadt erhoben. Zu dieser Zeit lebten 16.800 Menschen in der Kommune - die Bevölkerungszahl hatte sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Die Erhebung der Gemeinde zur Stadt, und zwar zur jüngsten Stadt Bayerns, stellte ebenso wie das 20jährige Bestehen der Gemeinde einen Grund zum Feiern dar. In Zusammenarbeit mit Bürgermeister Heinz Schnei- der beteiligte sich die Industriegemeinschaft an der Vorbereitung der Feierlichkeiten.

Grundsätzlich versteifte sich die IGG nicht nur auf die Interessen der Industrie. Sie engagierte sich - neben der Unterstützung zahlreicher karitativer Veranstaltungen - auch im kulturellen Leben. So wirkte sie in den Jahren 1969 und 1970 tatkräftig und vor allem finanziell am Zustandekommen der philharmonischen Konzerte in Geretsried mit. Später wurde auch die Zusammenarbeit mit Repräsentanten der Partnerstadt Chamalières gefördert, sei es durch gegenseitige Firmenbesichtigungen oder durch die Ausbildung französischer Praktikanten in Geretsrieder Firmen.

Die Stadt war zu einem bedeutenden Wirtschaftszentrum der Region geworden. 1970 gab es in Geretsried bereits über 50 Industriebetriebe und rund 300 Handwerks- und Gewerbeunternehmen. Mit dem Wachstum wandelte sich der Aufgabenbereich der Industriegemeinschaft: Neben dem Erfahrungsaustausch und der Koordination der Zusammenarbeit ihrer Mitgliedsfirmen wurde auch die gesellschaftliche Repräsentation der Geretsrieder Industrie nach außen zu einer Hauptaufgabe. Außerdem bemühte sich die IGG um die Information ihrer Mitglieder durch fachkundige Vorträge. Als Referenten konnten - um nur einige zu nennen - 1973 der Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Jaumann, gewonnen werden sowie 1980 der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Professor Rodenstock, und 1981 Bayerns Justizminister Dr. Hillermeier In den 80er Jahren stand im Mittelpunkt der Aktionen das Bestreben, Jugendliche als künftige Mitarbeiter der Mitgliedsbetriebe rechtzeitig mit der Industriewelt vertraut zu machen. Neben zahlreichen Betriebsbesichtigungen von Schulklassen und Vorträgen in Schulen führte die Industriegemeinschaft 1985 die so genannte „Schnupperlehre“ ein. Im Rahmen des Programms können Jugendliche Ausbildungsplätze während der Schulferien testen.